

Den Opfern eine Stimme geben

Protest gegen Rüstungsexport bei Daimler-Aktionärsversammlung in Berlin

Von Jürgen Grässlin

Das war harter Tobak, der den gemeinhin gewinnorientierten AktionärInnen bei der Hauptversammlung der Daimler AG am 14. April zugemutet wurde: Nicht genug, dass Daimler 2009 eines seiner schlimmsten Geschäftsjahre verbuchte, die US-Ermittlungsbehörde SEC Korruption in 22 Ländern belegte, in den letzten beiden Jahren ziemlich genau 200.000 Fahrzeuge weniger verkauft wurden, ein Gewinneinbruch von rund 6,6 Milliarden Euro verzeichnet wurde, in der Folge rund 16.000 Beschäftigte entlassen wurden und nunmehr eine Null-Runde bei den Dividenden hingenommen werden musste. Auch RüstungskritikerInnen und sogar ein Apartheid-Opfer meldeten sich lautstark zu Wort.

Kaum hatten die Aktionäre den Eingangsbereich der Messe Berlin vor Augen, da wurden sie von AktivistInnen der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD), der DFG-VK, von Ohne Rüstung Leben, dem RüstungsInformationsBüro und kritischen GewerkschafterInnen empfangen. Letztere wiesen als Sensenmänner verkleidet mit Zetsche-Masken auf den sozialen Kahlschlag im Konzern hin.

Auf Postkarten forderten wir „Fairplay Daimler“ und den Stopp von Waffenlieferungen, die Halbierung des Flottenverbrauchs und das Eingeständnis der Mitverantwortung am Leid vieler Menschen durch Rüstungslieferungen an das südafrikanische Apartheidregime. Mit uns hielt auch Mpho Masemola das Transparent mit unserer zentralen Forderung „Stoppt Daimlers Rüstungsexporte!“.

Eingeladen u.a. von medico international reiste Mpho Masemola als Vertreter der Khulumani Support Group aus Südafrika an. Diese gibt Opfern des Apartheidregimes eine Stimme. In seinem Gegenantrag forderte KAD-Sprecher Holger Rothbauer die Nichtentlastung des Daimler-Vorstands. Er begründete das damit, dass sich Daimler von 1948 bis 1994 in der Ära des Apartheidsregimes ökonomisch stark in Südafrika engagiert „und somit auch stark von der Unterdrückung der schwarzen und farbigen Bevölkerungsmehrheit profitiert“ hatte.

Zurzeit ist in den USA eine Klage gegen sechs Konzerne anhängig, darunter Daimler. In der so genannten „Khuluma-

ni-Sammelklage“ erheben rund 58.000 Opfer der Apartheid Schadensersatzforderungen. Den Konzernen wird „Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen während der Apartheidzeit“ vorgeworfen. Die Vorwürfe gegen Daimler fokussieren im Vorwurf der Beihilfe durch Kollaboration mit den Sicherheitskräften. Die Lieferung von Militär-Unimogs und „Multisensorplattformen“ zur Überwachung der Schwarzen gilt als Beihilfe-



Peinlich berührt vom Protest: Daimler-Chef Dieter Zetsche

handlung zu Menschenrechtsverletzungen. Die Uno hat die Verwendung von Mercedes-Fahrzeugen, beispielsweise bei Gewalttrazien der Apartheidpolizei, eindeutig dokumentiert. Auf Basis des „Alien Tort Claims Act“ ließ Richterin Shira Scheindlin im April 2009 die Klagen zu. *(Weitere Informationen im Internet unter www.star-of-apartheid.de)*

In meinem Gegenantrag kritisierte ich im Namen der DFG-VK und befreundeter Friedensorganisationen die menschenverachtende Rüstungsexportpolitik des Daimler-Vorstands. Noch immer hält Daimler 22,5 Prozent der Stimmrechte am Rüstungsriesen European Aeronautic Defence and Space Company (EADS). Im weltweiten Ranking liegt die EADS auf Platz 7 der Rüstungsexporteure. Der Vorstand von Daimler, personell eng verwoben mit der EADS-Führungsebene, unterstützt Waffenlieferungen auch an menschenrechtsverletzende Regimes und kriegsführende Staaten.

Beispielsweise erhalten die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien Tankflugzeuge. Folgeschwer ist auch der Export von Militärhubschraubern, ein Bereich, in dem EADS/Eurocopter über die „weltweit größte Auswahl“ verfügt. So erhalten die brasilianischen

Streitkräfte Hubschrauber. Auch zukünftig sind Waffenexporte an Gewaltregime geplant: Malaysia soll Militärtransporter erhalten. Die immense Zahl von 72 Flugzeugen des Typs Eurofighter/Typhoon soll an das Regime in Saudi-Arabien exportiert werden.

Viele weitere Waffentransfers wären zu nennen. Für den Einsatz der Waffen sind, neben der Bundesregierung, eben auch die Spitzen von Daimler und EADS verantwortlich. Sie tragen Mitschuld an den Opfern auf den Schlachtfeldern in aller Welt.

Erfreulicherweise gelang es Monty Schädel, Paul Russmann und mir wiederholt, in der Hauptversammlung das Transparent „Stoppt Daimlers Rüstungsexporte!“ vor Medienvertretern und Aktionären zu präsentieren – begleitet von massiven Missmutsbekundungen von Vorständen und Aufsichtsräten und dem Abdrängen durch das Sicherheitspersonal.

Ansonsten prägte die gewohnte Ignoranz das alljährliche Spektakel. Bei der Präsentation der neuen KAD-Studie zu den Waffengeschäften der Tognum AG in Friedrichshafen verweigerte der Vorstand nähere Auskünfte. Nicht anders bei Fragen zur EADS, obwohl Daimler größter Stimmrechtseigner beider Unternehmen ist.

The EADS-show goes on: Am Dienstag, den 1. Juni, findet ab 14.00 Uhr im Hotel Okura, Ferdinand Bolstraat 333 in Amsterdam, die Hauptversammlung der EADS statt. Bei dieser Zusammenkunft werden Vertreter der holländischen und deutschen Friedensbewegung mit der DFG-VK eine Protestaktion durchführen und ihre Kritik in Redebeiträgen äußern. *(Wer mehr zur EADS-Hauptversammlung wissen oder bei Aktionen dort mitmachen will, melde sich per eMail j.graesslin@gmx.de oder telefonisch unter 0761-7678208)*

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK, Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler, Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros und Autor zahlreicher Bücher über die Rüstungs-, Militär- und Wirtschaftspolitik. Auf seiner Homepage www.juergengraesslin.com finden sich zahlreiche Links zu diesen Bereichen.